



Stadt Großalmerode

Beschlussvorlage

- öffentlich -

VL-62/2023

| | |
|--------------------|---|
| Federführendes Amt | Ordnungs-, Sozial-, Melde- und Standesamt |
| Datum | 30.03.2023 |

| Beratungsfolge | Termin | Beratungsaktion |
|---|------------|-----------------|
| Magistrat der Stadt Großalmerode | 03.04.2023 | vorberatend |
| Haupt- und Finanzausschuss | 04.05.2023 | vorberatend |
| Stadtverordnetenversammlung der Stadt Großalmerode | 11.05.2023 | beschließend |

Betreff:

Beitritt der Initiative - "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten"

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Großalmerode schließt sich der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ an.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Sachdarstellung:

Der Straßenverkehr in der Stadt Großalmerode wird bereits jetzt im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten für alle Verkehrsteilnehmer sicher gestaltet. Ein wichtiges Instrument in diesem Kontext ist die Anpassung der Geschwindigkeit beispielsweise auf 30 km/h. Eine solche Geschwindigkeitsreduzierung wird auch regelmäßig von den Ortsbeiräten gefordert.

Indes ist die Stadt Großalmerode jedoch durch den § 45 der Straßenverkehrsordnung – ein Bundesgesetz – limitiert. Dieser besagt, dass Tempo 30 nur bei konkreten Gefährdungen bzw. vor sozialen Einrichtungen wie beispielsweise Kindergärten und Schulen angeordnet werden kann. So entsteht mit großem Aufwand ein Flickenteppich der Geschwindigkeitsgebote.

Die Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ fordert den Bund auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kommunen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts anordnen können, wo sie es für notwendig halten. In der Initiative sind Stand 30.03.2023 insgesamt 560 Städte und Kommunen engagiert. Der Beitritt der Initiative erfolgt durch eine formlose Erklärung. Durch einen entsprechenden Beschluss der Stadtverordnetenversammlung kann die Stadt Großalmerode Teil dieser Initiative werden.

Die Chance, einen attraktiven und vor allem auch für schwächere Verkehrsteilnehmer sicheren Verkehr schaffen zu können, werden mit der geforderten Rechtsänderung und Verlagerung der Entscheidungsbefugnis auf die kommunale Ebene deutlich erhöht.

Thomsen
Bürgermeister

Anlage(n):

1. Positionspapier der Städteinitiative Tempo 30